

Berlin, 4. April.

Es ist wahrlich der Friede was wir wollen, es ist wahrlich die Ordnung was wir erstreben, es ist wahrlich die Ruhe was wir wünschen...

Wir nehmen das Recht in Anspruch, unsere Meinung frei und offen sagen zu dürfen. Wir appellieren an den gesunden Verstand und an das Ehrgefühl unserer Mitbürger...

Wer macht uns Unruhe? Bei Gott, nur die, welche mit Gewalt Ruhe machen wollen; wohnet einer Volksversammlung bei, der ersten und besten, und ihr werdet sehen...

Um Alles was euch so lieb und theuer ist, um der Ruhe, um des Friedens, um des Glückes, um der Wohlfahrt unserer Aller willen, leidet es nicht, daß gegen das freie Wort mit roher Gewalt oder auch nur mit der Androhung roher Gewalt gekämpft wird!

Wie ein Theil unserer Mitbürger sich im Irrthum beindet über die Wirkung die es haben müßte, wenn gewisse Stimmen in den Clubs und in der Presse zur Ruhe gebracht würden...

Diese Ueberleitung wird von denen die sie billigen, der „gesetzliche Weg“ genannt und sie meinen, daß der Ungeachtetheit, der Anarchie schon ein Damm gesetzt sei...

Wir sind entgegengefügter Meinung. Weil wir die Begründung eines wahrhaft festen gesetzlichen Zustandes mit allem Ernste wollen, so verlangen wir, daß gleich der Grund gelegt werde, und wir widersetzen uns der Anwendung eines Hofes von wurmzerfressenen Balken...

Der Vereinigte Landtag hat in seiner Adresse an Se. Majestät den König gesagt: „Noch sind wir das gesetzmäßige Organ des Landes und haben in dieser Eigenschaft Pflichten zu erfüllen.“

das ihn geschaffen hat, ist noch nicht aufgehoben, aber er ist in keiner Weise mehr das Organ des Landes, des gegenwärtig lebendigen Volkes, und es ist ihm, dem Lande gegenüber, keine andere Pflicht geblieben...

Dieser Umschwung muß ganz und voll anerkannt werden. Wenn es mittelst der Furcht vieler vor zu starker Bewegung gelänge, ihn noch einmal zu verhüllen, so wäre seine Vollendung doch nur aufgeschoben, nicht aufgehoben...

Gründen wir uns, damit wir nicht durch eine abermalige heuchlerische Mittelstufe in die Republik — dieses Wort bedeutet mir in diesem Augenblick für unsere Zustände lebendig: „Auflösung ohne Wahrscheinlichkeit der Reorganisation“ — damit wir nicht in die Republik getrieben werden...

Möchten sich die Mitglieder des Vereinigten Landtages hievon überzeugen können, und möchten sie, wie ich schon sagte, als eine frei rathende Versammlung von Notabeln des Landes, nicht als ein noch ferner verfassungsmäßiges Organ des Landes...

Die polnische Frage.

Mögen sich unsere Gesichtspunkte über die Lösung des nächsten und entfernteren Augenblicks wendeln, wie sie wollen, wir kommen immer wieder auf Polen zurück. Dies ist die Angel, in welcher die Thüren des Janustempels hängen, die Krieg oder Frieden bedeuten.

Deutschland, statt diese polnische Frage selbst zu lösen, wartet, wie sie Rußland lösen wird. Thörichte Zögerung! Wenn Rußland es ist, das über Polens freie Zukunft entscheidet, so ist die Freiheit Deutschlands bedroht, wenigstens unsere Ruhe verloren.

Schon soll Nicolaus den Polen ihre Selbstständigkeit angeboten haben, wenn es seinen Schwiegerjohn, den Herzog von Leuchtenberg, zum König nehmen wolle. Nimmt Polen von Rußland ein Geschenk an, so hat Deutschland Ursache, es bitter zu bereuen...

der die gewöhnliche nüchterne Territorialpolitik an die Tagesordnung kommt.

Was ich von Preußen und Oesterreich verlange, als Rettung Deutschlands und des europäischen Friedens verlange, ist, früher das Beispiel der Großmuth und Gerechtigkeit zu sein, als Rußland. Gegen das Bewußtsein, die Zerstückelung Polens wieder gut machen zu müssen, läßt sich nichts aufbringen.

Die Oesterreich es über sich gewinnen könnte, Galizien freizugeben, will ich nicht erörtern. Preußen aber hat keine Ursache, mit Bosen zu zögern. Die 500,000 Deutsche der Provinz, der Dankbarkeit, der Großmuth der Polen anvertraut, werden sich besser befinden, als wenn wir sie einem Aufstande, einer Rückwirkung von Warschau, Krakau und Lemberg preisgeben.

Es ist möglich, daß Nicolaus noch nicht im Reinen ist über seine Stellung zu Polen. Stehen die Aristokraten auf, so wird er vielleicht die Selbstständigkeit aufheben und nach Metternichs galizischer Politik das Volk gegen die Herren hegen.

Zeitung.

Deutschland.

Berlin, 4. April.

[Erklärung des Königl. Auftrages an die deutsche Nation.] Die Allg. Preuss. Zeitung veröffentlicht folgendes:

Se. Königl. Majestät Auftruf an Preußen und an die deutsche Nation hat von mehreren Seiten eine Deutung gefunden, welche der ihm zu Grunde liegenden Abicht nicht entspricht.

Der Schritt, den Allerhöchstdieselben gethan, als Sie für die Zeiten der Gefahr die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen sich bereit erklärten, bestand in dem Anerbieten, mit all der materiellen und moralischen Macht des 15 Millionen Deutsche umfassenden Staates die Erreichung der auf deutsche Einheit gerichteten Wünsche aller Bundesstaaten zu fördern.

Dagegen hat dieser Schritt nicht die ihm mehrseitig zugeschriebene Bedeutung haben können, als wenn mit der augenblicklich angebotenen Leitung irgendwie der freien Entscheidung von Deutschlands Fürsten und Völkern vorgegriffen werden sollte.

Eben so wenig konnte die Annahme des Symbols, in welchem alle deutsche Staaten ihre Vereinigung finden, das Aufgeben der von Preußen und von den anderen deutschen Staaten glorieich geführten Farben bedingen. In der einen Hinsicht haben Ein. Königl. Majestät ausdrücklich erklärt, daß Sie die Usurpation der oberen Leitung oder irgend eines Rechtes nicht beabsichtigen, vielmehr eine solche Abicht auf das Bestimmteste abgelehnt.

Wenn Ein. Königl. Majestät hiermit sich einverstanden erklären, werden wir nicht unterlassen, den Mißdeutungen, welche jenem Auftrufe gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten.

Berlin, den 2. April 1848. Das Staats-Ministerium. Graf von Schwerin. v. Auerwald. Bornemann. Armin. Hausmann. v. Kappeler.

